

**Antrag 11/I/2021**

**Abt. 10/06 Kaulsdorf-Nord und Mahlsdorf-Nord (Marz.-Hell.)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: Landesgruppe (Konsens)**

**Antrag gegen die Ermächtigung von Energieerzeugern zur Abschaltung der Elektroenergie bei Verbrauchern**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktionen im Bundestag werden  
2 aufgefordert, dem vom Bundeswirtschaftsministerium  
3 vorgelegten Änderungsentwurf zum Energiewirtschafts-  
4 gesetz (§142) nicht zuzustimmen, da er der Energiewirt-  
5 schaft einseitig das Recht einräumen würde, Verbrau-  
6 chern stundenweise die Lieferung von Elektro-energie zu  
7 sperren. Es soll vermieden werden, dass normaler Haus-  
8 haltstrom und reguläre Haushaltsheizungen abgestellt  
9 oder zeitweilig gesperrt werden können.

10

11 **Begründung**

12 Das Bundeswirtschaftsministerium hat kürzlich den  
13 Entwurf einer Gesetzesänderung vorgelegt, der es den  
14 Energieerzeugern ermöglichen würde, Verbrauchern  
15 (E-Ladesäulen, Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen  
16 usw.) ferngesteuert die Elektroanschlüsse zeitweise zu  
17 sperren (sogen. „Spitzen-glät-tung“). Diese Maßnahme,  
18 die ausschließlich darauf abzielt, den Energie-kon-zernen  
19 den erforderlichen Ausbau der Netze zu ersparen, würde  
20 ausschließlich zu Lasten der Verbraucher gehen. Der 'zur  
21 Überarbeitung' zurückgezogene Entwurf konter-kariert  
22 in fataler Weise die Bemühungen der Gesellschaft, die  
23 Erzeugung von CO<sub>2</sub>, Stickoxiden und Feinstaub durch  
24 Nutzung von Elektroenergie zu senken.

25

26 **Quellen:**

- 27 1. Referenten-Entwurf des BMWV „Steuerbare-  
28 Verbrauchseinrichtungen-Gesetz – SteuVerG), Stand:  
29 22.12.2020  
30 2. Die Welt vom 18.01.21 „Zwangs-Ladepausen für E- Autos  
31 - ....“)